

Sende-Sperrfrist: 26. Januar 2023, 11:00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

PRESSESTATEMENT

von

Dr. Dirk Jandura

Präsident des Bundesverbandes
Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

Wirtschaft stärken – Wohlstand sichern

**Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Großhandels
– Ergebnisse der aktuellen BGA-Unternehmerumfrage –**

BGA-Pressekonferenz zum Jahresauftakt

**Berlin, 26. Januar 2023, 11:00 Uhr,
online**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie sich heute eingewählt haben. Ich möchte Ihnen heute gerne die Ergebnisse unserer jüngsten Umfrage bei den Unternehmen des Großhandels vorstellen.

Mit 2022 liegt ein Jahr hinter uns, wie es turbulenter kaum hätte sein können. Die Corona-Pandemie, gestörte Lieferketten und der russische Angriff auf die Ukraine haben unser Land, unsere Gesellschaft und natürlich auch unsere Wirtschaft stark gefordert.

Wirtschaftliche Lage besser als erwartet – aber Folgen setzen Grenzen

Bundesregierung und Bundestag haben auf diese multiplen Krisen reagiert. Die milliardenschwere Maßnahmenprogramme haben dazu beigetragen, die sozialen Folgen und zum Teil auch die wirtschaftlichen Probleme abzufedern.

Doch Geld allein kann strukturelle Schwächen nicht ausgleichen. Die Kernprobleme bleiben ungelöst. Wir brauchen deshalb so bald wie möglich einen wirtschaftlichen Neustart. Die Lösung der Krisen unserer Zeit liegt nicht in der permanenten Ausweitung der Rolle des Staates, sondern in der entschlossenen Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlagen. Wir müssen weg von der Dauer-Alimentierung – auch die inzwischen nahezu unbefristeten Kurzarbeitsregelungen sehe ich mittlerweile kritisch – und stattdessen zurück zur Sozialen Marktwirtschaft.

Denn die Lage bleibt ernst: Auch wenn der Scheitelpunkt überstanden scheint, stecken wir noch immer in einer der schlimmsten Inflationen der jüngeren Geschichte.

Die Gas- und Energiepreise haben sich nach den Höchstständen im Herbst ein Stück weit beruhigt, liegen aber immer noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Das Problem des fehlenden Angebots an verfügbarer, bezahlbarer und möglichst CO₂-armer Energie ist nach wie vor nicht gelöst. Aus Sicht vieler Unternehmen wäre ein Weiterbetrieb der verbliebenen Kernkraftwerke auch über den April 2023 hinaus eine sinnvolle Maßnahme.

Die Unternehmen sind heute durch mehrere Faktoren massiv belastet, dazu zählen Energiekosten, Steuern und Abgaben. Die ständig wiederkehrenden Diskussionen über eine Gewinnabschöpfung, über höhere Erbschaftsteuern oder Vermögensteuern helfen uns nicht weiter. Das sorgt für massive Verunsicherung und drückt auf die Stimmung, vor allem bei den kleinen und mittleren Unternehmen des Groß- und Außenhandels. Stattdessen sollte die Bundesregierung endlich die Senkung der steuerlichen Belastung von Unternehmen in Angriff nehmen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben in

der aktuellen Krise massiv an Liquidität verloren. Es fehlt an Geld für Investitionen. Ein Steuersenkungsprogramm wäre für uns ein Wirtschaftswachstumsprogramm.

Um die Folgen von Krieg, Krise und Transformation zu bewältigen, brauchen wir auch eine Beschleunigung von Investitionen und Genehmigungsverfahren. Die Bundesregierung hat sich dies inzwischen auf die politische Agenda gesetzt, aber der Beschluss und die Umsetzung dauern zu lange, wie die von uns befragten Unternehmen beklagen. Es fehlt an Tempo und an Entschlossenheit. Wir schieben daher eine riesige Bugwelle pessimistischer Erwartungen vor uns her. Erfreulich ist, dass unsere Konjunkturdaten bislang dennoch stabil geblieben sind.

Das Jahr 2022 hat mit einem BIP-Wachstum von 1,9 Prozent nach 2,6 Prozent im Vorjahr 2021 beachtlich abgeschlossen, allerdings darf dabei nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Dynamik im Jahresverlauf deutlich nachgelassen hat. Eine robustere Entwicklung wäre auch in dieser schwierigen Zeit möglich!

Folie 1: BIP-Wachstum

In diesem schwierigen Umfeld erwarte ich für das Jahr 2023 allenfalls eine milde Rezession. Wenn es uns aber gelingen sollte, die Stimmung positiv zu beeinflussen, könnte 2023 auch wieder ein positives Jahr werden. Aus einem geschätzten Minus von ¼ Prozent könnte auch ein Plus von ¼ Prozent werden.

Großhandel trotz Krieg und Krisen

Voraussetzung ist allerdings, dass der Ukraine-Krieg keinen Flächenbrand auslöst und die Unternehmen in ihren betrieblichen Anpassungen weiter vorankommen. Die Stimmung im Großhandel hierfür wäre gegeben.

Folie 2: BGA-Großhandelsindikator

Zwar weist der BGA-Großhandelsindikator weiterhin eine verhalten negative Stimmung aus, allerdings scheint der Stimmungseinbruch im Großhandel gestoppt. Er liegt mit 95,5 Punkten knapp über dem Niveau vom vergangenen Sommer, wobei Werte unter 100 eine pessimistische Stimmung, Werte über 100 eine optimistische Stimmung wiedergeben.

Die aktuelle Lage wird dabei aber mit 110,1 Punkten um 4,4 Punkte weniger gut bewertet. Ursächlich hierfür sind der hohe Kostendruck bei Energie- und Einkaufspreisen in Verbindung mit Unsicherheiten auf der Abnehmerseite, die sich in einer negativen Einschätzung von Auftragslage und Auslastung spiegeln.

Einen Lichtblick geben die Geschäftserwartungen. Diese bleiben weiterhin insgesamt pessimistisch, allerdings haben sie sich erstmals wieder verbessert. Sie

steigen um 5 auf 81 Punkte. Trotz erhöhter Kosten bauen die Großhändler ihre Lager auf, um auf Lieferverzögerungen zu reagieren und auf eine wieder anziehende Konjunktur vorbereitet zu sein.

Die Großhandelsumsätze 2022 könnten einen anderen Eindruck vermitteln. Die von uns für 2022 erwarteten Umsätze für den gesamten Großhandel in Höhe von rund 1.7400 Milliarden Euro liegen zwar deutlich über dem Vorjahr – nämlich um 16 Prozent, allerdings haben die Unternehmen dazu gerade einmal etwa 0,8 Prozent an Gütern und Dienstleistungen mehr erbracht. Diese Differenz ist in den erheblichen Kostensteigerungen auf der Einkaufsseite begründet, und stimmt mich besorglich, wenn diese Entwicklung anhalten sollte.

Folie 3: Umsatzentwicklung im Großhandel

Erhöhte Kosten für Vorleistungen und Güter, vor allem für Energie, preistreibende Engpässe in der Versorgung, erdrückenden Regulierungen und Neuausrichtung der Energieversorgung machen dem Großhandel zu schaffen.

Eine gute Nachricht ist, dass der Preisdruck allmählich nachlässt. Nachdem die Preise über alle Wirtschaftsstufen von Import- und Erzeugerpreisen über die Großhandelspreise bis hin zu den Verbraucherpreisen massiv angezogen haben, zeichnet sich seit dem Herbst eine allmähliche Entspannung ab. Zogen die Großhandelspreise im Sommer noch um 20 Prozent, lagen sie zuletzt im Dezember 2022 bei 12,8 Prozent.

Ich rechne damit, dass diese Entwicklung weiter anhält, der Großhandel zu Beginn des kommenden Jahres auf unter 10 Prozent wieder einschwenkt, wenn es gelingt, die Diversifizierung der Energieversorgung weiter voranzubringen und auch die Unternehmen in der Sicherung der Versorgung mit den benötigten Ressourcen und Gütern vorankommen. Dann ist 2023 meines Erachtens anders als von Bundesregierung und Sachverständigenrat mit 7 bzw. 7,4 Prozent erwartet auch eine Inflation von unter 6, bestenfalls auch 4 Prozent möglich.

Kostenfaktoren im Großhandel engen Handlungsspielräume ein

Für diese Entwicklung bedarf es aber einiger wirtschaftlicher und politischer Flankierungen.

Wirtschaftlich bleibt eine sichere und bezahlbare Strom- und Wärmeversorgung für zentral - auch wenn es nach den Großhändlern geht. 4 Prozent der Befragten sehen sich durch den Kostenanstieg bei Energie und Strom existenziell bedroht. 40 Prozent verkraften diese gerade noch. Und 27 Prozent erwarten noch steigende Belastungen.

Folie 4: Auswirkung teurer Energie

Mehr als die Hälfte der Befragten sehen sich bereits mit Kostensteigerungen, teilweise bis zu einer Verdoppelung konfrontiert. Und besorgniserregend ist es bei weiteren 25 Prozent der Unternehmen, bei diesen beträgt die Verteuerung mehr als 100 Prozent, bei drei Prozent steigen die Kosten sogar auf mehr als das Vierfache.

Folie 5: Reaktion auf Lieferengpässe

Ein zweiter wesentlicher Kostenfaktor sind die Lager im Großhandel und damit die Versorgungssicherheit. Nur bei weniger als 10 Prozent ist die Versorgung gesichert, von den übrigen gut 90 Prozent beklagen nur 16 Prozent, dass die Versorgungslage nach wie vor angespannt ist, 60 Prozent beklagen überwiegend zeitliche Verzögerungen, während 15 Prozent eine allmähliche Entspannung feststellen.

Hierin spiegelt sich eine Anpassung in den Unternehmen auf die Engpässe. Da „just in time“ vielfach nicht mehr funktioniert, beobachten wir ein interessantes Phänomen bei der Lagerhaltung. Auf Grund der angespannten und zeitweise auch gerissenen Lieferketten funktionieren kurzfristige und verlässliche Lieferungen nicht mehr. Kunden fragen immer öfter an, ob Produkte auf Lager sind. Das führt dazu, dass die Unternehmen ihre Lager auffüllen und größere Mengen bevorraten, um der Kundennachfrage verlässlich gerecht werden zu können. Fast vier von fünf Befragten beugen durch eine verstärkte Lagerbildung Engpässen vor. Allerdings bedeutet dies auch, dass höhere Lagerbestände nicht nur Kapital binden, sondern auch die Kosten steigen lassen.

Aber die Großhändler forcieren auch die Diversifizierung ihrer Beschaffung. Fast jedes zweite Unternehmen sucht neue Beschaffungskanäle. All dies verursacht Kosten.

Mut zum Risiko für mehr Dynamik

Meine Damen und Herren, deshalb haben die Großhändler auch klare Vorstellungen an die weiteren politischen Weichenstellungen:

Es braucht verlässliche Rahmenbedingungen, damit die Unternehmen die Krisen bewältigen und ihrer Verantwortung für ihre Beschäftigten gerecht werden können.

Das bedeutet: Weniger Arbeitskreise und Kommissionen und mehr mutige Entscheidungen der Politik.

Folie 6: Wirtschaftspolitische Prioritäten

Das bedeutet stabile Strom- und Energiepreise und eine belastbare Infrastruktur, um den Standort Deutschland attraktiv zu halten. Für fast drei von fünf Unternehmen ist dies die vordringlichste Aufgabe.

Nur noch dringlicher wird inzwischen die Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren angesehen. Wird auch die starke Resonanz für die Reduzierung staatlicher Regulierungen, z. B. durch das Lieferkettengesetz, oder auch die Modernisierung der Rahmenbedingungen zur Beschleunigung von Investitionen berücksichtigt, bedeutet zusammengefasst, mehr Mut zu Vereinfachung und Bürokratieverzicht, damit wir die dringend benötigte Dynamik wiederbekommen.

Und – auch das sage ich ganz klar – es bedeutet eben auch, dass die Bundesregierung ihre Zusagen einhält.

Wenn der Bundeskanzler den Unternehmen ein Belastungsmoratorium verspricht, dann bedeutet das, auch bereits beschlossene Gesetze auf den Prüfstand zu stellen.

Es bedeutet NICHT, das Lieferkettengesetz stur durchzudrücken. Ein Bürokratiemonster, das niemand braucht. Auch die Verschiebung der Berichtspflichten auf 2024 ist nicht das versprochene Moratorium, sondern eher eine Galgenfrist.

Meine Damen und Herren, wir brauchen in diesem Land keine neuen Regeln, davon haben wir mehr als genug.

Wir brauchen vielmehr endlich wieder Optimismus. Wir brauchen Zuversicht, dass wir die Krise gemeinsam meistern können. Das Gefühl, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang ziehen und das gleiche Ziel verfolgen, nämlich dieses Land und seine Menschen gut durch die Krise zu bringen.

Wir Unternehmen haben dazu während Corona und auch jetzt zahlreiche Vorleistungen erbracht. Die Politik hat dies durch ein Bündel an Maßnahmenpaketen flankiert. Was aber fehlt, ist eine langfristige Zukunftssicherung.

Das bedeutet: Schuldenabbau, Einsparungen und Umschichtungen und auch die Bereitschaft zum Verzicht auf Subventionen. Mehr als 60 Prozent halten diesen Kurs für vorrangig. Steuererhöhungen und Schulden finden ebenso wenig Anklang wie eine Fortführung einer Politik des billigen Geldes.

Es ist unsere Pflicht, die Handlungsoptionen für zukünftige Generationen nicht unnötig und leichtsinnig einzuschränken. Auch das ist Nachhaltigkeit, die man gemeinhin Generationengerechtigkeit nennt.

Titelfolie

Lassen Sie mich abschließend sagen:

Wir müssen in diesem Land eines wieder lernen: den Mut zu haben, auch zu verzichten.

Das bedeutet, dass Staat und Gesellschaft den Mut finden müssen, nicht jedes Detail, jede Eventualität gesetzlich regeln zu wollen.

Wir müssen wieder risikobreiter werden, etwas wagen, denn nur dann entsteht Fortschritt.